



**Evelyn
Regner**

EDITORIAL

■ **Evelyn Regner** ist Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und stellvertretende Delegationsleiterin der SPÖ im EU-Parlament – zuvor war sie seit 2019 Vorsitzende des Ausschusses für Frauenrechte und Gleichstellung. Als erfahrene EU-Parlamentarierin, Juristin und Gewerkschafterin stehen im Zentrum ihrer Arbeit die Situation der Arbeitnehmer_innen, Frauenrechte und der Kampf für Steuergerechtigkeit.

Editorial

Radikale Solidarität



United in Solidarity

Wir leben in einer Zeit voller Krisen, große und kleine, persönliche und gesellschaftliche, geopolitische, sanitäre, wirtschaftliche und ökologische. Dabei wird oft auf das, meiner Ansicht nach, Wichtigste vergessen: diese Krisen gemeinsam zu lösen. Als Gesellschaft befinden wir uns in einem ständigen Wandel, in einem Ausloten dessen, was wir wollen, wo wir gemeinsam Grenzen setzen und wie wir alle ein gutes Leben leben können. Dabei soll es und muss es zu Debatten kommen, in denen wir uns alle gemeinsam schlussendlich vorwärts bewegen.

Im Europäischen Parlament und auch im Alltag setze ich mich genau dafür ein und bin daher auch sehr überzeugt davon, dass das Buch „Radikale Solidarität“ einen wichtigen Beitrag in der aktuellen Debatte beitragen wird. Zugeschriebene Merkmale und Identitäten dürfen niemals Ausrede für eine Benachteiligung von einzelnen Menschen und Gruppen sein. Wir kommen nur voran, wenn wir inklusiv, partizipativ und respektvoll miteinander umgehen und gemeinsam unsere Gesellschaft weiterentwickeln.

Solidarität war und ist einer DER Grundpfeiler der Arbeiter_innenbewegung: Wir müssen sicherstellen, dass wir unser gemeinsam definiertes Ziel als Gesellschaft nicht aus den Augen verlieren und dürfen nicht zulassen, dass verschiedene Gruppierungen sich von außen gegeneinander aufhetzen lassen. Medial wurden nun plötzlich die Anliegen von Frauen als konträr zu jenen von queeren Menschen dargestellt. Gemeinsam ist ihnen jedoch der Kampf für gleiche Rechte für alle und gegen die Vorherrschaft des Patriachats. Vereint dürfen wir auf keinen Fall zulassen, dass hart erkämpfte Rechte von Frauen und Minderheiten zurückgeschraubt werden. Die Beiträge in diesem Buch werden die unterschiedlichen Diskriminierungsmechanismen, deren Parallelen und die Bedeutung des gemeinschaftlichen Zusammenhalts aus verschiedenen Blickwinkeln erläutern.

Als Europaabgeordnete ist für mich schon längst selbstverständlich, dass Zusammenhalt über jegliche konstruierte Grenzen hinaus Alltag sein muss, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Rein selbstbezogenes Handeln kann die Gesellschaft nicht weiterentwickeln. Gleichzeitig muss aber klar sein, dass wechselseitige Unterstützung auch Grenzen haben kann und darf – allerdings ist auch das Teil des gesellschaftlichen Ausverhandelns. Ganz plakativ lässt sich hier der Grundbesitz nennen. Dieser war juristisch gesehen lange Gemeingut, aber wurde schließlich vielerorts zum Eigentum einzelner Personen. Das Eigentums-

recht dieser einen Person ist beschränkt durch das der anderen. Wie genau sieht je nach Gesellschaft anders aus. Ähnlich ist es in persönlichen Beziehungen und der Frage, wer über einen Körper bestimmen darf. Dabei kann es um Schwangerschaftsabbrüche gehen, um Kleidungs Vorschriften oder auch Geschlechtsumwandlungen. Wichtig ist: Die selbstbestimmte Entscheidung einer Person über den eigenen Körper muss immer respektiert werden.

Leider erfahren in diesem Zusammenhang Betroffene immer noch viel zu oft strukturelle Diskriminierung statt radikaler Solidarität.

Eine Debatte auf Augenhöhe, das Annehmen des „Andersseins“ der anderen ist Voraussetzung eines gesellschaftlichen Diskurses. Wir müssen offen sein, auch Neues zu lernen und unsere Vorstellungen über bestimmte Gruppen zu ändern, wenn wir im Austausch miteinander stehen. Jede Diskriminierungserfahrung ist an sich anders. Aber es lassen sich Muster erkennen: Eine schwarze Person, die bei jeder Polizeikontrolle aufgehalten wird, ein homosexuelles Paar, das beim Händchenhalten in der Öffentlichkeit angefeindet wird, eine Frau, die deutlich schlechter bezahlt wird als ihre Kollegen, obwohl sie täglich mit Lohn- und unentgeltlicher Care-Arbeit doppelt so viel arbeitet, oder ein junger Bub aus armen Verhältnissen, der nicht am Schulausflug teilnehmen kann, weil das Geld fehlt: Sie alle brauchen dringend unsere radikale Solidarität. Sie alle haben das Problem, dass ihnen nicht zugehört wird, dass ihre Probleme zu wenig ernst genommen werden, dass ihr Gegenüber vielleicht nicht einmal Stereotypen versteht bzw. verstehen will. Der essentielle Punkt ist: Die eigene Identität ist nicht gefährdet durch die Anerkennung einer anderen Identität einer anderen Person. Ich wage zu behaupten, dass es in vielen Streitgesprächen unserer Zeit viel um die eigene Anerkennung geht, um einen Platz in der Gesellschaft und dieser Platz bemisst sich durch gegenseitige Wertschätzung.

Wir leben in einer kapitalistischen Konsumgesellschaft, in der der Wert von Arbeit mit Geld bemessen wird. Wenn wir dieser Logik folgen, zeigt sich natürlich sehr schnell, wo die Ungleichheit und auch Ungerechtigkeit liegt: Die unterschiedliche monetäre Bewertung von verschiedener Arbeit. „Soziale“ Berufe werden oft nicht so monetär wertvoll geschätzt wie die Arbeit von Manager_innen und damit schlechter entlohnt. Gleichzeitig sind es diese Berufsfelder, die wir als „Systemerhalter_innen“ in Krisen ansehen.

Gleiches gilt für die Arbeit, die im Hintergrund passieren muss, damit Lohnarbeit erledigt werden kann: Putzen, Kochen, Kinderbetreuung und so vieles mehr – diese essentielle Arbeit für das tägliche Leben bleibt in tradierten Geschlechterverhältnissen oft an Frauen hängen, die diese häufig neben ihrer Lohnarbeit verrichten.

Wer die Diskriminierung anderer erkennt und anerkennt, dass sie existiert, macht damit den Weg frei, etwas verändern zu können. Gegenseitige Unterstützung kann Zahnrädchen formen, die dann ineinandergreifen und das gesamte System für alle verbessern können. Damit alle überhaupt die Möglichkeit haben, einigermaßen frei und sozial abgesichert ein gutes Leben zu führen, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Diese Rahmenbedingungen können nur gemeinsam und sehr oft auch europäisch geschaffen werden.

Unser Ziel kann nicht ein „bunter Kapitalismus“ sein, der ein Monat pro Jahr je einem anderen Thema widmet (Februar als Black History Month, März als Frauenmonat, Juni im Symbol der Regenbogenfahnen etc.). Denn somit wird das System der Ungleichheit nicht aus der Welt geschafft. Es ist essentiell, dass wir Arten und Formen von Diskriminierung an sich erkennen und beenden.

Meine Arbeit im Europäischen Parlament und als Gewerkschafterin hat mir gezeigt, dass die soziale Frage mit ihren vielen Facetten und Ausprägungen im Alltag grundlegend ist. Wenn wir die Klimakrise wirklich beenden wollen und zwar so, dass wir gestärkt als Menschen und Planet daraus hervorgehen, müssen wir anerkennen, dass Frauen und Angehörige von Minderheiten weltweit nicht nur am meisten betroffen, sondern auch unsere aktivsten Kämpfer_innen für eine bessere Zukunft sind. Wir müssen sie also unbedingt und bedingungslos unterstützen. Auch hier gilt wieder das Credo der radikalen Solidarität. Und dasselbe gilt natürlich auch für die Pandemie, den Krieg in der Ukraine, die massive Ungleichverteilung von Vermögen: All das sind im Kern soziale Fragen und soziale Unterschiede. Die Lösung liegt an uns: Es wird entweder ein besseres Leben für uns alle geben oder für niemanden. Ich arbeite daran, dass es für uns alle ein gutes Leben ist.

Evelyn Regner, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

Kontaktdaten:
Tel.: +32 2 28 37476
evelyn.regner@ep.europa.eu
www.evelyn-regner.at

Social Media Links

 @evelyn.regner
 @evelyn_regner
 @mep_evelyn_regner



United in Solidarity



**Mario
Lindner**

**„DIE KÄMPFE GEGEN
SOZIALE UNGLEICHHEIT UND
FÜR VIELFALT KÖNNEN NUR
HAND IN HAND ERFOLGREICH
SEIN – IN EINEM PROJEKT
RADIKALER SOLIDARITÄT!“**

■ **Mario Lindner** ist Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat und Vorsitzender der sozialdemokratischen LGBTIQ-Organisation SoHo Österreich. Seit 2017 ist er SPÖ-Sprecher für Gleichbehandlung, Diversität und LGBTIQ. Als Abgeordneter und politischer Aktivist stehen für ihn Gleichbehandlung, mutige Sozial- und Antidiskriminierungspolitik und ein vielfältiges, modernes Österreich im Fokus.

Vielfalt kann nur eine soziale Frage sein!

Queere Rechte, Feminismus, Gleichstellung von Migrant*innen – all das wird gerade in der Linken immer öfter als „Identitätspolitik“ abgetan und in einen vermeintlichen Widerspruch zur sozialen Frage gestellt. In seinem Beitrag beleuchtet Mario Lindner, warum genau das Gegenteil der Fall ist und wie ein solidarischer Zukunftsweg aussehen kann.

So geht's nicht weiter!

Wenn uns die Corona-Pandemie eine Tatsache gelehrt hat, dann diese: Das politische, wirtschaftliche und vor allem soziale System der letzten Jahrzehnte hat nicht nur Risse bekommen, sondern wurde bewusst von neoliberalen und rechtspopulistischen Kräften angegriffen. Es funktioniert für viele in unserer Gesellschaft schon lange nicht mehr – durch die enormen Belastungen von Pandemie und Krisen haben auch die Letzten verstanden, dass sich etwas ändern muss. Die Frage ist nur: Was?

Die Antwort der Rechten und Autoritären ist klar – Viktor Orban hat sie mit seiner Vision eines illiberalen Staates definiert, Trump fasst sie unter „Make America Great Again“ zusammen. Weltweit und auch in Europa erleben wir einen Backlash, der nationalistische Politik mit einer ganz bewussten Spaltung der Gesellschaft verbindet. Als Ausweg aus den vielfältigen Krisen unserer Zeit werden Angriffe auf Minderheiten, auf Frauen, auf Geflüchtete und auf alle anderen Gruppen vorangetrieben, die sich als Sündenböcke anbieten ... nur um die wahre Agenda einer Zerschlagung von sozialen Sicherungsnetzen und einer beispiellosen Umverteilung hin zu kleinen Eliten zu verdecken. Politische Macht und Wohlstand für einige Wenige auf dem Rücken einer menschenrechtsfeindlichen Politik für die Vielen – das ist die Agenda, die wir nicht nur in Polen und Ungarn erleben, sondern in abgeschwächter Form auch in Österreich und zahlreichen anderen EU-Staaten.

Fortschrittliche Kräfte und jene, denen Gerechtigkeit und Solidarität ein Anliegen sind – Linke –, haben auf diese Entwicklung nicht immer eine mutige Antwort. Während die Corona-Pandemie wirtschaftliche Unsicherheit, soziale Ungerechtigkeit und gesellschaftliche Spaltung in einem bisher kaum gekannten Maß gesteigert haben, schafft es die Linke nicht immer, ein glaubwürdiges Gegenmodell zu liefern. Die Gründe dafür sind zahlreich und liegen in fehlenden Zukunftsvisionen, einer fast schon konservativ-bewahrenden Defensiv-

haltung, persönlichen Animositäten oder aber schlichtweg auch in der fehlenden Paktfähigkeit mit den betroffenen Gruppen. Gleichzeitig verabschieden sich immer mehr Menschen gerade angesichts der aktuellen Krisen aus dem politischen System: Viele von ihnen, weil sie nicht mehr daran glauben, dass Politik tatsächlich etwas für ihr Leben und ihren Alltag verbessern kann oder will. Andere, weil ihnen die Ressourcen genommen werden, um sich aktiv mit politischen Fragen zu beschäftigen – wenn wirtschaftliches Überleben schon zum Fulltime-Job wird, bleibt für größere Fragen schlicht keine Zeit mehr. Und wieder andere, weil ihnen die Möglichkeit zur Mitbestimmung, ganz konkret das Wahlrecht, gar nie gegeben wurde. Auf all das muss die Linke neue, ja radikale Antworten finden. Denn klar ist, dass nur die fortschrittlichen Kräfte ein wirklich demokratisches, soziales Europa erhalten und weiterentwickeln können!

Der Mythos von den Orchideenthemen

Statt grundlegende Antworten auf diese Entwicklungen zu finden, beschäftigen sich manche fortschrittlichen Kräfte gern mit vorgeschobenen Fragen. Gerade in der Linken erleben wir in den letzten Jahren eine Debatte, die Identitätspolitik gern gegen die sozialen Fragen ausspielt. Identitätspolitik, die betreiben laut dieser Kritik die Regenbogenfahnen-Schwenker*innen, die Feminist*innen, denen Diskussionen über Vorstandsquoten nicht genug sind, und natürlich all jene Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen. Das Narrativ dahinter ist, zumindest für die Verfechter*innen eines Zugangs, der wieder die „harten“, sozialen Themen ins Zentrum rücken will, ziemlich simpel: Viel zu lange hätten sich die Linken und Progressive „Orchideenthemen“ zugewandt. Sie hätten Minderheiten bedient und deren Interesse vor die Interessen der Mehrheit gestellt – und damit diese Mehrheiten verloren. Der Wahlsieg Trumps wird für diese These genauso als Beweis angeführt, wie der Brexit und viele andere Phänomene des Rechtsrucks. Die identitätspolitische Linke habe die „normalen“ Menschen in die Arme von Rechten und Autoritären getrieben, weil wir uns lieber Orchideenthemen als deren „echten“ Problemen gewidmet haben.

Ein Funken Wahrheit steckt in dieser Anklage schon drin. Denn während Sozialdemokrat*innen und Progressive in den vergangenen Jahrzehnten, spätestens seit den 1990er-Jahren, immer seltener die Verteilungsfrage stellten, haben Themen wie Frauenrechte, Migration und LGBTIQ immer mehr Raum bekommen. Dieser Trend spiegelt sich auch in der Gesellschaft wider: Immer mehr Gruppen haben damit begonnen, ihre Forderungen für Grund- und Menschenrechte zu artikulieren. Der Einsatz für mutige Umverteilung oder eine gerechte Arbeits-

welt wurde dagegen leiser. Gerade angesichts der aktuellen Krisen stellt sich die Frage: Wie wichtig ist eine PRIDE-Parade, wenn hunderttausende Menschen in Armut leben? Warum reden wir über den Zugang zur Staatsbürger*innenschaft, wenn sich viel zu viele die Miete nicht mehr leisten können?

Hinter diesen expliziten Fragen steht eine implizite Forderung: Konzentrieren wir uns doch auf die „wichtigen“, also die sozialen und Wirtschaftsthemen ... dann werden sich „eure“ Probleme, also jene von Frauen, Queers oder Migrant*innen von alleine lösen. Statt neben einem mutigen Kampf für Menschenrechte auch mutige, ja radikale Sozialpolitik und Umverteilung voranzutreiben, wollen wir mit altbekannten Rezepten weitermachen. Wir wollen die Erfolge der 1970er-Jahre verteidigen, nicht mehr. Damals hat das doch auch funktioniert. Warum sollten wir also etwas anders machen?

Doch am Ende des Tages ist genau diese Analyse vor allem eines: billig. Der Gedanke, dass die richtige Antwort auf verteilungspolitische Mutlosigkeit das Kleinmachen, Belächeln und Wegdrängen von Fragen wie Gleichheit und Menschenrechten sei, ist nicht nur ideologielos – er übernimmt auch ganz bewusst Diskurse von Neoliberalen und Rechten, die auf Spaltung setzen. Dabei werden nicht nur historische, sondern auch tagespolitische Fakten ignoriert. Stattdessen wird ein rechtes Narrativ übernommen, das so alt ist, wie der politische Wettbewerb selbst: nämlich jenes, dass – zeitgemäß in den Begriffen Trumps formuliert – die linken Eliten sich nur für die Rechte von Minderheiten einsetzen, weil sie in Wahrheit gegen die Rechte der Arbeiter*innen und wirtschaftlich Schlechtergestellten seien.

Vielmehr sollten wir aber auf den Umstand aufmerksam machen, dass es sich tatsächlich nicht um eine Entscheidung für die eine und gegen die andere Gruppe handelt, sondern dass in einer Welt, die durch Ungleichheit auf beinahe allen Ebenen geprägt ist, die Frage von Unterdrückung, fehlender Teilhabe und ungerecht verteilter ökonomischer Möglichkeiten vor allem eine Frage elitärer Gruppen gegen große Teile der Bevölkerung ist.

Um konkret zu werden: Ein moderner Ansatz für linke Politik muss sich von genau diesen verfahrenen und historisch gescheiterten Modellen lösen. Ganz simpel gesagt: Uns muss klar sein, dass auch schlecht bezahlte Schwule am Bau hackeln und Transfrauen mit Fluchterfahrung in unseren Krankenhäusern arbeiten ... sie alle haben nicht nur das Recht auf guten Lohn und gerechte Arbeitsbedingungen, sondern auch darauf, nicht diskriminiert und gesellschaftlich abgesichert zu werden. Der Gegensatz zwischen der vermeintlich „weißen, heterosexuellen, männlichen Mehrheit“ und den „Randgruppen“ ist konstruiert und verschleiert nur die echten Probleme unserer Gesellschaft, die in Wahrheit